



Bereiten Gütersloh auf die Zeit nach den Briten vor: Meinolf Bertelt-Glöß (NRW Urban) und Bürgermeisterin Maria Unger (r.).

FOTOS: RAIMUND VORNBAUMEN

## „Nur kein 08/15-Gewerbegebiet“

NRW-Konversationsplaner präsentiert Ideen für die künftige Nutzung des Flugplatzes

VON HOLGER KOSBACH

■ Gütersloh. Flächenmäßig soll der größte Teil des 340 Hektar Flugplatzes an der Marienfelder Straße nach dem Abzug der Briten grün und unbaut bleiben. Am bedeutendsten sind für Gütersloh jedoch jene 90 Hektar, die in der Grobplanung (die NW berichtete exklusiv) des Landesunternehmens NRW Urban fürs Gewerbe angedacht sind. Was die Gütersloher bei ihrem großen Bedarf an Gewerbeflächen freuen dürfte: Noch ist nichts festgezurr.

„Weniger wird's nicht, mehr ist möglich“, sagte der für NRW zuständige Konversationsbeauftragte Meinolf Bertelt-Glöß zur Gewerbefläche. „Es könnten auch 150 Hektar werden.“ Bertelt-Glöß betonte, dass es keine Gütersloher Insellösung geben werde. Da das Land zur Reduzierung des Flächenverbrauchs nur noch interkommunale Gewerbegebiete genehmige, steht eine städteübergreifende, regionale Lösung an. Zu welchen Anteilen andere Kommunen beteiligt werden könnten, ist völlig offen. Bisher hätten sich bei der Stadt Gütersloh keine interessierten Kommunen gemeldet, sagte Bürgermeisterin Maria Unger.

Vorab müsse ein Branchen- und Marktprofil zum Bedarf erstellt werden, sagte Bertelt-

Glöß. Am besten mit einem attraktiven Ankerbetrieb, „nur kein 08/15-Gewerbegebiet“. Ein Pluspunkt fürs Gewerbe sei ein Anschluss an die Strecke der Teutoburger-Wald-Eisenbahn, der kaum erneuert werden müsse. Aufgrund der Entfernung von der Autobahn sei allerdings eine Sparte ausgeschlossen: „Dies ist kein Standort für Logistik“, sagte Bertelt-Glöß.

Auf dem Flugplatz angedacht sind auch regenerative Energien: Aufgestellt werden könnten hier fünf bis sechs sehr große Windkraftanlagen oder Photovoltaikanlagen, sagte Bertelt-Glöß. Als Standort biete sich für beides die Start- und Landebahn an. 38 Hektar sind bisher als Fläche für das Themenfeld Freizeit vorgesehen. Die Vorschläge aus den Gütersloher Workshops wie ein Kletterpark oder eine Skateranlage seien realistisch gewesen, sagte Bertelt-Glöß. Im Gegensatz zu anderen Kommunen, die von Westerstädten träumten.

Als „Sorgenkind“ bezeichnete Bertelt-Glöß die britische Siedlung an der Marienfelder Straße. Die von Briten in absehbarer Zeit nicht mehr bewohnten Immobilien führten dabei zu einer „generellen Veränderung des regionalen Wohnungsmarkts“, betonte Güterslohs Stadtplaner Michael Zirbel. Allein Gütersloh komme hier auf 1.000 Wohneinheiten, in ganz Ostwestfalen



Der Abzug ist absehbar: Die britische Armee wird Gütersloh bis spätestens 2020 verlassen, doch auch ein früherer Fortgang ist möglich.

### Alle Flugrechte erlischen

■ Im vergangenen Frühjahr hatte die Gütersloher Politik das Ende der zivilen Luftfahrt auf dem Flugplatz an der Marienfelder Straße beschlossen. Im Gegensatz dazu hält der Kreis Gütersloh weiter an der Option einer möglichen Wiederaufnahme des zivilen Luftverkehrs fest. Dieses Unterfangen scheint nach den Aussagen des NRW-Konversationsplaners Meinolf Bertelt-Glöß recht aussichtslos: „Wenn militärische Flugrechte erlischen, erlischen auch zivile Flugrechte.“ Sollte es zukünftige Pläne für einen zivilen Flug-

betrieb geben, „müsste dort ein ganz neuer Flugplatz gebaut werden mit ganz neuen Rechten“. Aufgrund einer Bewertung der Rahmenbedingungen der Luftfahrtaufsicht in Münster und der Landesplanung sei davon jedoch kaum auszugehen. Bei der Dauer eines Verfahrens zum Bau eines Flughafens und der Vergabe der Flugrechte von 12 bis 15 Jahren und angesichts aller Rahmenbedingungen (Hochspannungsmasten, Artenschutz, Wohnbebauung) sei dies „fast ein Ding der Unmöglichkeit“, sagte Bertelt-Glöß. (hko)

seien 4.500. Nachdem die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bereits die Bausubstanz des Wohnraumbestands in Paderborn (1.500) untersucht hatte, folgt in diesem Jahr Gütersloh.

Schon eingeleitet – besonders hinsichtlich einer Verträglichkeit von Windrädern – ist eine Artenschutzuntersuchung der Tier- und Pflanzenwelt. Vom Kreis Gütersloh wurde ein Gutachten bestellt.

Letztlich muss sich das zu entwickelnde Gesamtpaket einer Wirtschaftlichkeitsprüfung stellen. Alles zusammengenommen sei die Gestaltung des Areals „ein dicker Brocken“, sagte Bertelt-Glöß. „Das ist etwas anderes als ein neuer Bebauungsplan für ein Wohngebiet.“ Passend dazu lenkte Stadtplaner Zirbel den Blick auch auf die Mansergh Barracks. An der Verler Straße müssen nach dem Briten-Abzug weitere 34 Hektar neu gestaltet werden. Allein diese Überplanung sei enorm und habe es in diesem Umfang noch nie gegeben.

Die Pläne werden am 11. März im Hauptausschuss vorgestellt. In dem für die Konversion zuständigen Gremium wird auch das weitere Vorgehen abgestimmt. Im April trifft sich Maria Unger als Konversionsbeauftragte und Sprecherin der Bürgermeister der betroffenen Regionen mit ihren Kollegen zur nächsten Informationsrunde.